

Abgestellt an Europas Außengrenze

Auf den griechischen Inseln sind nach dem Türkei-Deal tausende Flüchtlinge interniert. Auf dem Festland warten sie monatelang in Zelten auf ihr Asylverfahren.

Von Salinia Stroux



* alle Namen sind anonymisiert

Salinia Stroux ist Aktivistin im Netzwerk w2eu und Mitarbeiterin beim Refugee Support Project Aegean (RSPA) von PRO ASYL in Griechenland.

Unter Druck der EU ist Griechenland 2016 – und vor allem seit dem dreckigen EU-Türkei-Deal vom 20. März – vom Schnelltransitland des letzten Jahres zum europäischen Internierungslager für neuankommende Flüchtlinge geworden, zu einer Pufferzone der Rechtlosigkeit, in der tausende Flüchtlinge unter höchst prekären Bedingungen auf unabsehbare Zeit geparkt werden. Eine Pufferzone, deren Schutzwall die Ägäis-Inseln darstellen, die Rückweisungen und die Stacheldrahtzäune der Hot Spots.

Verschiedene Klassen von Flüchtlingen

Speziell ist seit dem EU-Türkei-Deal eine neue Kategorie von Flüchtlingen ins Leben gerufen worden. Seitdem koexistieren im selben Land zwei verschiedene Aufnahmesysteme für Flüchtlinge: Das für diejenigen, die vor dem Deal ankamen und inzwischen zumeist auf dem Festland sind und jenes für die, die danach ankamen und fast alle bis heute auf den Inseln festhängen.

Obwohl der EU-Türkei-Deal juristisch gesprochen nicht mehr als eine gemeinsame Erklärung ist, kommen seit seiner

Umsetzung viel weniger Flüchtlinge an. Die Abschreckungsmaßnahme „gefangen auf den Inseln – gefangen in Griechenland“ funktioniert. Auch insgesamt hat sich die Zahl der Ankünfte in der EU um ein Drittel verringert und die Fluchtrouten scheinen sich in Richtung Italien verlagert zu haben. Mit etwa 165.000 Ankünften sind bislang dieses Jahr in Italien fast so viele Flüchtlinge angekommen wie in Griechenland. Bis Anfang 2016 war Griechenland noch Hauptankunftsland für Flüchtlinge in der EU.

Seit dem Deal und seit der Schließung des Balkankorridors im Norden hängen mehr als 61.000 Flüchtlinge in Griechenland fest. Nach wie vor gelangt die Mehrheit von ihnen über das Meer von der Türkei nach Griechenland: Sie kommen vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die Behörden sind mit den tausenden ausstehenden Asylverfahren überfordert. Für eine adäquate Unterbringung scheint der politische Wille zu fehlen, aber auch die Mittel. Vieles scheitert an langwierigen Bürokratien des Staates, aber auch des UNHCR und der involvierten NGOs. Europäische Standards prallen auf die griechische Realität.

Die große Mehrheit der Flüchtlinge in Griechenland ist in der Zeit nach November 2015 in Griechenland angekommen. Nur sehr wenige (vor allem anerkannte) Flüchtlinge leben schon länger als ein Jahr in Griechenland, da mit der Öffnung des Balkankorridors im Sommer 2015 fast alle weiter in den Norden Europas abwanderten. Das kulturelle Wissen und die Erfahrung, wie man in Griechenland überlebt, scheint mit ihnen verschwunden.

Der Türkei-Deal basiert auf einem System von Stacheldraht umzäunten Hot Spot-Lagern an den EU-Außengrenzen (Griechenland und Italien) zur systema-

tischen Registrierung, Identifikation, Inhaftierung und Abschiebung der neuankommenden Fliehenden. Ein System in dem europäische Experten von Frontex, EASO und Interpol involviert sind und Seite an Seite mit den griechischen BeamtlInnen kontrollieren was geschieht – allerdings für das Sechsfache nationaler Gehälter.

Externalisierung innerhalb der EU

In Anlehnung an das australische Modell hat die EU mit diesem System geschafft, das Asylsystem innerhalb seiner Grenzen zu externalisieren und auf die Inseln der Ägäis zu verbannen, um von dort aus die Verteilung der Flüchtlinge zu regulieren, einzudämmen und Neuankommende in Massen zurückzuführen.

Es wurden genau an jenen Orten, die letztes Jahr weltberühmt wurden für die von den BürgerInnen gelebte Solidarität gegenüber Flüchtlingen, wie auf den Inseln Lesbos und Chios, diese menschenrechtsfreien Pufferzonen geschaffen, in denen europäische BeamtlInnen innerhalb des griechischen Aufnahme- und Asylsystems de facto Einzelfälle mitentscheiden. Gleichzeitig sind in den Hot Spots hunderte MitarbeiterInnen internationaler und europäischer NGOs beschäftigt, die oft gegen hohe Gehälter ihren (im besten Fall) humanitären Auftrag im Sinne der EU im Stillen ableisten müssen. Im Vergleich zum Vorjahr, findet man heute hunderte Privatautos vor den Hot Spots geparkt. Das Elend innerhalb der Hot Spots hat sich jedoch eher erweitert. Die 16.000 Flüchtlinge, die seitdem auf den Inseln angekommen sind, erleben vor allem Ausweglosigkeit und Ohnmacht.

Tausende Flüchtlinge erfahren so in Griechenland massive Menschenrechtsverletzungen, die aber nur selten dokumentiert werden, weil es für die Zivilgesell-

schaft sowie politisierte NGOs, AktivistInnen und JournalistInnen keinen Zugang zu den Hot Spots und den Lagern am Festland gibt. Währenddessen sitzt Europa schon in den Startlöchern, um Dublin-Rückführungen nach Griechenland wieder aufzunehmen.

Monatelang perspektivlos unter den unmenschlichen Lebensbedingungen in den Lagern, werden die Menschen zermürbt und entweder direkt abgeschoben oder zur sogenannten „freiwilligen“ Rückkehr gedrängt. 5.328 Menschen verließen 2016 (Stand 7.11.) Griechenland nach Angaben von IOM wie es heißt freiwillig – darunter 1.193 nach Afghanistan, 934 in den Irak, 577 in den Iran. 255 kehrten direkt von den Inseln zurück. Bis Ende Oktober wurden auf Grundlage des Rückführungsprotokolls zwischen Griechenland und der Türkei 1.158 Menschen zurückgeführt, weitere 51 auf Grundlage des EU-Türkei-Protokolls und 716 seit dem 20. März auf Grundlage des Deals.

In Ermangelung einer Einigung mit der EU bezüglich des griechischen Vorschlags der Entlastung der Inseln, z.B. durch Transfers auf das Festland, scheint die griechische Regierung eine erneute Verhärtung ihrer Haltung gegenüber Flüchtlingen zu planen. Aktuell propagiert allen voran der stellvertretende Migrationsminister Mouzalas den Beginn von Massentrückführungen. Es kommt auch wieder zum zunehmenden Einsatz von Haft. Zunächst sollen auf den Inseln neue Abschiebehäftlager eröffnet werden, um StraftäterInnen (u.a. mit Vorwürfen für Vergehen wie „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, „Sachbeschädigung“ oder „Landfriedensbruch“) zu inhaftieren.

Schon seit geraumer Zeit werden allerdings vor allem Menschen aus Algerien, Marokko, Pakistan und Bangladesch

häufig in Polizeiwachen auf den Inseln inhaftiert und dann in Abschiebelager auf das Festland transferiert. In Diskussion ist aber auch die Haft derer, die im Zulassungsverfahren abgelehnt wurden, bevor sie in das Beschwerdeverfahren gehen, um eine Fluchtgefahr zu minimieren. Auch soll es in den Asylverfahren ein Vorscreening geben, um „MigrantInnen“ auszusortieren und ihre Anträge dann in einem Schnellverfahren zu behandeln, um so schnellere Ausweisungen zu ermöglichen.

Inseln als Internierungs- und Abschiebelager

16.000 Flüchtlinge leben mittlerweile auf den Ägäis-Inseln, allerdings gibt es nur für knapp über 8.000 Platz. Es herrscht Ausnahmezustand in den Hot Spots und auf den Inseln an sich.

Seit dem 20. März dürfen nur diejenigen, die Familienzusammenführung beantragt haben, sowie besonders verletzte Menschen im Einzelfall mit Erlaubnis der Polizei die Inseln Richtung Festland verlassen. Viele versuchen aber heimlich in den Inselhäfen auf die Fähren zu gelangen, um aus der Ausweglosigkeit und vor der Gefahr der Rückführung in die Türkei zu fliehen. Die Häfen der fünf Ägäis-Inseln, auf denen sich sogenannte Hot Spots befinden (Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros) erinnern an die militarisierten Grenz-Häfen Patras und Igoumenitsa, wo es bei den Touristenfähren nach Italien scharfe Kontrollen der Passagiere und Fahrzeuge gibt.

Faktisch muss jetzt jede/r Neuankommende unabhängig seiner Nationalität Asyl beantragen, um nicht auf Grundlage des Rückführungsabkommens zwischen Griechenland und der Türkei (3030/2002) direkt zurückgeführt zu werden. Seit dem Deal und der Schließung des Balkankorridors hat sich daher die Anzahl der Asylan-

träge im Vergleich zum selben Monat im Vorjahr mehr als verdreifacht. Insgesamt haben 8.500 Flüchtlinge auf den Inseln bislang ihren Asylantrag registriert. Die Bearbeitung von etwa 8.000 Anträgen auf den Inseln steht noch aus. Etwa 300 Asylanträge werden wöchentlich auf den Inseln bearbeitet. Auf Lesbos sind nach einer Aufstockung des Personals nun neun ReferentInnen für die Anträge von 6.000 Menschen zuständig. Auf allen Inseln sind es insgesamt 80 griechische Angestellte und 35 EASO-ExpertInnen (versprochen waren 400).

Schnellverfahren mit EU-Unterstützung

Die Neuankömmlinge, die auf den Inseln ins Asylverfahren müssen, kommen in ein spezielles Schnellverfahren der Grenzregion, das im Gesetz (4375/2016) welches den Türkei-Deal implementiert verankert wurde. Darin wird unter anderem bestimmt, dass die Polizei die Registrierung von Asylanträgen durchführen kann und das Europäische Büro für Asyl (EASO) die griechischen Behörden bei der Registrierung von Asylanträgen, bei der Durchführung der Interviews im Erstverfahren und bei der Zertifizierung von Vulnerabilität unterstützen darf.

Die Asylverfahren der Neuankommenden werden allerdings nicht nach Datum der Ankunft/Registrierung aufgenommen, sondern nach Nationalitäten, so dass es Menschen gibt, die schon über sieben Monate auf ihr Verfahren warten, während sie mitbekommen, wie andere gleich eine Woche nach Ankunft ins Verfahren geladen werden.

Für eine Rückführung in die Türkei gibt es zwei rechtliche Grundlagen. Das ist zum einen die Bewertung der Türkei als erster Asylstaat (Verfahrensrichtlinie 2011/95/EU Artikel 35) oder die Anwend-



barkeit des „sicheren Drittstaates“ (Artikel 38). Zunächst gab es viele Ablehnungen, doch im Berufungsverfahren wurden fast alle AsylwerberInnen doch ins Asylverfahren zugelassen. Entsprechend dramatisch war im Juli die plötzliche Umbesetzung der Beschwerdekomitees für das Zulassungsverfahren. Die griechische Regierung beugte sich damit dem massiven Druck aus der EU, wo bemängelt wurde, dass es zu selten zu Unzulässigkeitsentscheidungen käme. Neutrale, erfahrene und professionelle AsylentscheiderInnen wurden ersetzt durch RichterInnen, die direkt dem Ministerium unterstehen und daher nicht neutral agieren.

Nach den Zulässigkeitsverfahren der SyrerInnen wurden vor allem Asylverfahren von Menschen aus Ländern aufgenommen, die in der Mehrheit nicht als Flüchtlinge anerkannt werden (Pakistan, Marokko, Algerien, Bangladesch). In Schnellverfahren innerhalb von 25 Tagen sollen sie in der Mehrheit zurückgeschickt werden. AfghanInnen, EritreerInnen, IranerInnen, PalästinenserInnen, IrakerInnen und Somalis u.a. blieben monatelang vom Asylverfahren ausgeschlossen.

Sahar* aus Afghanistan betonte schon am ersten Tag, ihr Mann sei Folteropfer und leide unter starken psychischen Pro-

Die 16.000 Flüchtlinge, die seitdem auf den Inseln angekommen sind, erleben vor allem Ausweglosigkeit und Ohnmacht.

blemen. Dennoch mussten die Eheleute und ihre zwei kleinen Kinder sieben Monate im Hot Spot aushalten bis ihr Mann in eine Psychiatrie nach Athen geschickt wurde. Er war nicht als besonders verletzlich eingestuft worden, weil er keine medizinischen Gutachten vorweisen konnte. Er sollte das EASO-Vulnerabilitätsgutachten abwarten, das erst im Asylverfahren durchgeführt wird. Doch Anträge von AfghanInnen wurden Anfang September gerade einmal registriert. „Jeden Tag wurde seine psychische Verfassung schlechter. Er verlor an Gewicht. Dann fing er an uns zu schlagen. Die Haft, die Prügeleien unter Flüchtlingen ... sein Zustand verschlechterte sich stetig. Erst als er durchdrehte, durfte er weg und wir durften nicht mit.“, erzählt Sahar.

Kritik am Zulassungsverfahren

In den Hot Spots fehlt es massiv an Informationen und Rechtshilfe. NGO-AnwältInnen, die im Sommer ihre Arbeit auf den Inseln aufnahmen, wurden ausschließlich für das Berufungsverfahren finanziert und übernahmen je nach Kapazität zusätzlich noch einige besonders vulnerable Fälle. Das Erstverfahren ist jedoch ein großes schwarzes Loch in der Rechtshilfe. „Der Kampf ist oft an diesem Punkt schon verloren.“, drückte es eine Anwältin auf Samos im August aus. „Wir rennen nur den Ablehnungen hinterher und versuchen zu retten, was zu retten ist.“

Kritisch zu betrachten ist auch die Rolle von EASO-MitarbeiterInnen auf den Inseln, die zwar offiziell nur Empfehlungen aussprechen, die aber letztlich von den griechischen Behörden übernommen werden. MenschenrechtsanwältInnen kritisieren vor allem die stereotype Durchführung der Zulässigkeitsinterviews und Entscheidungsbegründungen, darüber hinaus die

massive Einflussnahme von EASO-MitarbeiterInnen in die Entscheidung darüber, wer ein besonders verletzlicher Fall ist und so nicht Gefahr läuft zurückgeschoben zu werden.

Auch für diejenigen, die einen Asylantrag stellen, gibt es keine Garantien. Im Oktober kritisierte UNHCR die unrechtmäßige Rückführung einer Gruppe syrischer Flüchtlinge. Von 91 in den Hot Spot auf Leros transferierten Personen wurden zehn anschließend nach Kos gebracht und von dort mit dem Flugzeug nach Adana (Türkei) geflogen. Die griechische Regierung erklärte, sie hätten nicht den Wunsch gezeigt Asyl zu beantragen. Unter ihnen zwei Frauen und vier Kinder. Doch auch in anderen Fällen beklagten Rückgeführte, sie hätten keine Möglichkeit gehabt, Asyl zu beantragen oder ihre Willensäußerung sei nicht registriert worden, woraufhin sie gegen ihren Willen in die Türkei zurückgeführt wurden.

Die Lage in den Lagern spitzt sich zu

Die tausenden Flüchtlinge auf den Inseln siechen derweilen unter untragbaren Lebensbedingungen monatelang vor sich hin. Auf Lesbos verbrannten eine 65 Jahre alte Kurdin aus dem Irak und ihr 7-jähriger Enkel kürzlich in ihrem Zelt. Am 20. Oktober hatten Flüchtlinge in Protesten mehrere Container des Lagers angezündet, u.a. auch die Büros der Asylbehörde. Auf Chios attackierten Rechtsradikale drei Nächte lang ein Flüchtlingslager mit Molotov-Cocktails und warfen riesige Pflastersteine auf die Zelte, in denen u.a. Familien mit Kleinkindern leben. Auf Samos leben 2.000 Menschen in einem Lager für 800. Massive Regenfälle vor Anfang November ließen u.a. etwa 1.000 Hochschwängere, RollstuhlfahrerInnen und Kleinkinder, die in Zelten leben, durchnässt und ohne Schutz

zurück. Stress und Depression unter diesen Bedingungen führen mittlerweile regelmäßig zu Streitereien und Kämpfen unter den Flüchtlingen, zu Revolten, die in brennenden Lagern enden.

Zafar* aus Damaskus hat bei einem Bombenangriff in seiner Heimat Syrien schwere Verletzungen erlitten. Seit über drei Monaten lebt er im Hot Spot Moria auf Lesbos. Er nimmt schwere Psychopharmaka, leidet unter massiven Schmerzen und wenn er isst, quillt ihm das Essen aus Auge und Nase. Vor wenigen Wochen erlitt er bei einem Streit im Lager, eine große Platzwunde am Kopf. Er kann nicht schlafen. Seine Frau ist noch in Damaskus, inzwischen auch durch einen Angriff verletzt.

Aber auch die Langwierigkeit der Asylprozesse hat schon wiederholt in den Hot Spots zu Protesten geführt. Das Resultat sind brennende Büros der Asylbehörde und von EASO, die auf den Hot Spot-Geländen schnell nicht nur ihre Containerräume umzäunen ließen, sondern sich auch durch eine private Sicherheitsfirma bewachen lassen. Über Wochen werden die BeamtInnen von EASO zu ihrem eigenen Schutz vom Einsatz abgezogen. Kürzlich hat Belgien gar entschieden, seine wenigen entsandten BeamtInnen aus Sorge um deren Sicherheit von den Ägäis-Inseln abzuziehen.

ÄrztInnen sprechen derweilen von einer massiven Verschlechterung der mentalen Gesundheit der Flüchtlinge, die aber weiter gezwungen sind, in den Hot Spots zu leben – auch zwischen Schutt und Asche und trotz der unsicheren Lage. Flüchtlinge berichten, Angst um ihre Sicherheit zu haben. Vor allem Frauen und Kinder sind besonders gefährdet. Es kommt immer öfter zu Streitereien und Gewalt unter den Flüchtlingen, doch bei jeder Verschärfung der Lage werden alle nationalen und euro-

päischen Kräfte abgezogen und die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Bereitschaftspolizei gehört schon lange zum alltäglichen Bild in den Hot Spots.

In der lokalen Bevölkerung zeigen sich derzeit gefährliche Reaktionen auf die von der EU auferlegte Aussichtslosigkeit auf den Gefängnisinseln. Rechtsextreme Gewalt und faschistische Propaganda nehmen erschreckend zu, wie zum Beispiel auf Chios als am 17. November Neonazis das Flüchtlingscamp in Souda mit Pflastersteinen und Feuerwerkskörpern angriffen. Für einen großen Teil der Lokalbevölkerung sind diese Entwicklungen neu und sehr erschreckend. Angriffe gegen Flüchtlinge und AktivistInnen nehmen zu, allerdings nicht ohne von den Menschen vor Ort unbeantwortet zu bleiben. So wurden schon vermehrt auch antirassistische Demonstrationen und Proteste organisiert.

Leben in den Lagern am Festland

Währenddessen leben schon seit über acht Monaten etwa 45.000 bis 50.000 Flüchtlinge unter miserablen Bedingungen am Festland. 35.000 von ihnen in den über 45 Massenzeltlagern, in großen Sportstadien und leeren Fabrikhallen, die zum großen

Die Menschen leben in Zelten während Sturm und Regen. Sie wärmen sich mit kleinen Feuern.





Es vergingen mehr als drei Monate ohne jegliche Unterstützung für die BewohnerInnen der Lager.

Teil über Nacht vom Militär errichtet wurden und verwaltet werden. Besonders viele verletzte Menschen wären ohne private Hilfe von AktivistInnen und Ehrenamtlichen ohne jegliche Hilfe geblieben.

Die Lager am Festland entstanden im März 2016 mit der Schließung des Balkankorridors. Im Mai räumte die griechische Regierung das informelle Lager in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien. Die Flüchtlinge dort wurden in der Mehrzahl in die etwa 20 Lager im Umland von Thessaloniki transferiert, wenige andere kamen nach Athen. Schon zuvor wurde das informelle Lager in Piräus und die Innenstadt Athens sukzessive geräumt und es kam zur Umverteilung der Menschen vornehmlich in die neuen Lager im Großraum Athen sowie Zentralgriechenlands.

Die Flüchtlinge am Festland versuchten zunächst noch Griechenland zu verlassen. Doch viele hatten nicht einmal das Geld für ein Brot. In dieser Zeit zwischen März und Mai 2016, die vor allem durch den Mangel an Information und sehr schlechte Lebensbedingungen gezeichnet war, gab es nur über Skype Zugang zur Asylbehörde. Doch die Leitungen waren überlastet und immer besetzt. Es vergin-

gen mehr als drei Monate ohne jegliche Unterstützung für die BewohnerInnen der Lager. Viele verzweifelten und kehrten in ihre kriegsgezeichneten Herkunftsländer zurück, weil sie – wie sie sagten – den schnellen Tod dem langsamen bevorzugten. Dutzende besonders kranke Menschen verloren in diesen Tagen in Griechenland ihr Leben, hunderte andere erleben eine massive Verschlechterung ihrer psychischen und physischen Verfassung.

Im Juni und Juli führte die Regierung eine so genannte Vorregistrierung durch, in deren Rahmen 27.600 Personen registriert wurden. Dabei registrierten die Behörden zu ihrem Erstaunen 3.500 besonders verletzte Menschen in den unmenschlichen Großlagern, darunter auch 1.225 UMF.

Beginnend mit September sollen bis März 2017 vorregistrierte Fälle regulär erfasst werden. Die Mehrheit der Menschen geht jedoch nicht hin. Sie haben Angst vor den Fingerabdrücken, die man ihnen erneut abnehmen wird. Sie wollen weiter. Wer nicht an der Vorregistrierung teilgenommen hat, muss erneut über das höchst problematische Skype-System Zugang zur Asylbehörde erwirken.

Die Teilnahme am Vorregistrierungsverfahren hat zudem jegliche Möglichkeit direkten Zugang zum Asylverfahren zu bekommen (über Skype oder mit Hilfe von AnwältInnen) und somit schneller registriert zu werden, versperrt. Viele besonders verletzte Menschen müssen so zum Teil bis in den März 2017 warten, um überhaupt ihren Antrag registrieren zu können.

Hiba* aus Syrien ist mit ihren zehn Kindern allein im Zeltlager in Nordgriechenland, während ihr Mann in Deutschland auf sie wartet. Sie kann erst Anfang März offiziell ins Verfahren, weil sie sich vorregistriert hat. Bis dahin muss sie in

einem Zelt ausharren und sich um ihre Kinder kümmern.

Wintereinbruch

Während das Land schon lange erste Kälteperioden mit starken Regengüssen plagt, wird zumeist noch in den UNHCR-Meetings über das „Winterization Program“ geredet, das laut UNHCR am 18. Oktober schließlich begann. Mitte November begann UNHCR in acht Großlagern die Zelte durch Fertighäuser zu ersetzen. In Malakassa führte das nicht unbedingt zu großer Freude. Die etwa 800 AfghanInnen, die dort leben, sind schon müde zu protestieren, wenn sich doch nichts ändert. Die Fertighäuser in ihrem Lager stammen noch von den Notunterkünften für griechische Erdbebenopfer und sind alt, dreckig und kaputt. In Ritsona ändern die Fertighäuser nichts daran, dass das Lager mitten im Nichts angelegt ist und über 500 Menschen dort ohne Anbindung an die Gesellschaft oder urbane Zentren ausharren. In Thermi sagte der Bürgermeister Theodoros Papadopoulos am 9. November, dass trotz der Versprechungen der Regierung das Lager bis zum 15. September zu schließen, es so scheine, als würden die Flüchtlinge dort den Winter verbringen. „Der Staat hat sich noch nicht um die Heizung gekümmert. Die Flüchtlinge werden Feuer machen müssen, um nicht zu frieren und dies wird andere Gefahren mit sich bringen.“, gibt er zu bedenken. Im zwischen Bergen versteckten Petra gibt es einmal pro Tag warmes Wasser für 10 von 1.200 BewohnerInnen. Die Menschen leben in Zelten während Sturm und Regen. Sie wärmen sich mit kleinen Feuern.

Relocation im Schneckentempo

Unter diesen Bedingungen bleibt nur die Hoffnung auf einen Weg heraus aus Grie-

chenland. Viele Flüchtlinge in Griechenland brachen aus ihrer Heimat auf, als der Balkankorridor noch geöffnet war. Sie dachten, sie brauchen nur Geld bis Griechenland. Doch mit der Schließung der Grenzen geht die Weiterflucht nicht ohne FluchthelferInnen und so bleiben viele mittellos in Griechenland hängen. Daher bleibt ihnen nur die Hoffnung auf die legalen Wege in den Norden: Relocation und Familienzusammenführung. Doch diese Wege sind durch Hindernisse erschwert und langwierig, was vor allem besonders verletzte Menschen schwer aushalten.

In den ersten 13 Monaten seit Beginn des Relocationprogramms sind von den geplanten 66.400 Umsiedlungen nur 4.926 umgesetzt worden. Die meisten Flüchtlinge nahmen Frankreich, Holland und Finnland auf. Relocation in weniger beliebte Zielländer, die wenig Überlebens- und Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge bieten, wie Bulgarien, wurde meist von den Flüchtlingen selber abgelehnt. Das Relocationverfahren läuft derzeit mehr als schleppend. Die EU-Mitgliedstaaten kooperieren kaum. Die Relocation-Prozedur steht auch nicht jedem/jeder offen. Sie ist selektiv und diskriminierend, da nur Menschen aus bestimmten Nationalitäten daran teilnehmen können. Etwa 40 % der Flüchtlingsbevölkerung sind AfghanInnen und IrakerInnen, die aktuell nicht an Relocation teilnehmen können. Zudem sind die Flüchtlinge auf den Inseln ganz davon ausgeschlossen.

Familien warten auf Wiedersehen

Die Option der Familienzusammenführung als einziger alternativer legaler Weg, Griechenland zu verlassen und zu den eigenen Verwandten zu gelangen, läuft noch schlechter. Es scheint, als ob Menschen, die nahe Verwandte in einem anderen

EU-Staat haben, nachteilig behandelt werden: Es gibt für sie keine speziellen Unterbringungsprogramme und die Prozeduren laufen noch langsamer als bei Relocation. Familien, die durch Krieg und Flucht auseinandergerissen wurden, können erst nach vielen Monaten vereint werden. Andere werden durch die Teilnahme in verschiedene Prozeduren getrennt.

Mehdi* (15) und sein kleiner Bruder Nazar* (12) sitzen in ihrem Zelt im Lager Malakassa, etwa eine Stunde Fahrt von Athen entfernt. Sie sind alleine. Sie haben alles was sie besitzen – zwei halb leere Rucksäcke und ein paar Decken – zur Seite geräumt. Der Kiesboden ist komplett nass vom Platzregen. Draußen ist es dunkel. Sie hören Schreie. Fast jede Nacht kommt es zu Streit in ihrem Lager. Gestern gab es eine Messerstecherei. Seit acht Monaten sind sie in Malakassa. „Niemand hat uns erklärt, dass wir legal zu unserer Tante nach Deutschland reisen können. Ich weiß nicht, wie das geht. Hier kommt nie jemand her um uns zu helfen.“, so die Brüder.

Die meisten Menschen haben jedoch so wie Mehdi und sein Bruder nicht einmal die Information, dass es diese Möglichkeit für sie gibt. Sie wissen nicht wie das Verfahren läuft. Die hunderten neuen BeamtInnen und MitarbeiterInnen der NGOs und bei UNHCR sind meist unerfahren und geben oft widersprüchliche, falsche oder halbe Informationen weiter. So kommt es, dass alleinstehende Mütter mit vielen Kindern oder gar Schwangere, schwerkranke Menschen, Alte, Folteropfer oder Behinderte sowie UMF Monate untätig unter miserablen Bedingungen in den menschenunwürdigen Lagern vegetieren, weil ihnen keiner hilft oder weil die Prozesse so langsam laufen.

Wenn die Familienzusammenführung doch irgendwann positiv entschieden

wird, dann müssen die Menschen noch einmal mindestens 2-3 Monate auf ein Ticket warten, falls sie das Geld nicht selber aufbringen können. Verlorene Zeit, die sehr kostbar sein kann.

Marzia* wohnte mit ihrer 16 Jahre alten Tochter in einem Zelt in der ehemaligen Flughafenhalle in Elliniko mit anderen 1.500 Menschen. Sie wartete auf die Zusammenführung mit ihrem krebserkrankten Mann in Schweden, der sich im Endstadium befindet: „Ich wünsche mir nur, es rechtzeitig zu schaffen, um ihn noch einmal zu sehen.“

Hamed* aus Syrien hat es nicht rechtzeitig geschafft zu seinem Sohn nach Schweden zu kommen. Er starb zuvor im Lager Skaramagas an Krebs.

Besonders tragisch sind die Verzögerungen der Verfahren für die vielen Minderjährigen, die bald 18 Jahre alt werden und dann aus dem Verfahren ausgeschlossen sein werden.

2.733 Anträge auf Familienzusammenführung wurden in Griechenland bis Ende September gestellt, davon konnten bislang nur 289 erfolgreich ausreisen und tausende sind noch nicht einmal voll registriert. Deutschland, Schweden und Österreich stehen an erster Stelle der Zielländer, wo die Verwandten schon sehnhchst auf eine baldige und manchmal eben auch leider nicht rechtzeitige Wiedervereinigung warten. „Wo sind die Menschenrechte?“, fragt der 6-jährige Abdulah aus Syrien auf seinem Transparent während eines Protestes auf Lesbos. Doch Europa schaut weg.